

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage

- Drucksache 17/2333 -

Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Julia Hamburg und Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen), eingegangen am 10.11.2014

Unterwanderung von Bürgerinitiativen durch Personen der rechten Szene?

Die *taz* berichtete am 15. Oktober 2014 über die „Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig“, die sich laut ihrer Facebookseite für einen „aktive(n) Einsatz für eine Verbesserung der schon lange nicht mehr tragbaren Situation rund um das Asylheim in der Boeselagerstraße“ einsetzt und in der Woche vom 6. Oktober die nahe dem Asylbewerberheim liegende Kindertagesstätte besuchte, um sich über die Situation rund um das Grundstück der Kita zu informieren. Im Anschluss nutzte die Initiative die Aktion, um auf die vermeintlich bedrohliche Lage vor Ort hinzuweisen. Erst im Nachhinein erfuhr die Kita-Leitung, dass sie von Mitgliedern der Partei „Die Rechte“ besucht worden war.

Neben den Besuchen in Kindertagesstätten verteilen die Mitglieder der Initiative regelmäßig Flugblätter, um auf die ihrer Meinung nach „nicht zu vernachlässigende Zahl von Leuten, die bewusst Gesetze übertreten, und eine viel zu schwach ausgerüstete Polizei“ hinzuweisen. Sie schüren die Angst vor Übergriffen auf Frauen und Kinder und fordern „alle Asylbewerber schnellstmöglich zu überprüfen und alle abgelehnten Asylbewerber direkt abzuschieben, anstatt sie zu dulden.“

Wie das Rechercheportal „recherche38“ aufdeckte, sind mindestens 15 Personen der Initiative Mitglied der Partei „Die Rechte“, der „Aktionsgruppe 38“ oder der „Jungen Nationalisten“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie groß sind die personellen Überschneidungen zwischen der „Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig“ und rechtsextremen Gruppierungen oder rechten Parteien?
2. Wie schätzt die Landesregierung das Gefahrenpotenzial dieser sogenannten Bürgerinitiative ein?
3. Gab es weitere Besuche bei Kindertagesstätten, Krippen oder Schulen der „Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig“?
4. Gab es Besuche bei anderen Organisationen, Verbänden oder sozialen Einrichtungen?
5. Hat die Landesregierung Kenntnis von weiteren Fällen, in denen sogenannte Bürgerinitiativen Kontakte zur rechten Szene haben oder deren Mitglieder in der rechten Szene aktiv sind? Gibt es darüber hinaus Fälle, in denen Personen der rechten Szene sogenannte Bürgerinitiativen oder ähnliche Zusammenschlüsse gründen, unterwandern oder mitorganisieren (falls ja, bitte aufschlüsseln nach Städten und Angabe von Größe und Themengebiet)?

(An die Staatskanzlei übersandt am 13.11.2014)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 53.11 -

Hannover, den 15.01.2015

Der Begriff der „Bürgerinitiative“ wird von Rechtsextremisten wiederholt verwendet, um eine Akzeptanz in der Bevölkerung bei gleichzeitiger Verschleierung des rechtsextremistischen Hintergrundes der dort agierenden Personen zu erreichen. So waren in der Vergangenheit rechtsextremistische

Organisationen wie die „Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim“ oder „Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg“ in Niedersachsen tätig.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Nach derzeitigem Kenntnisstand handelt es sich bei den Personen, die sich in der „Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig“ betätigen, weitestgehend um Angehörige der regionalen neonazistischen Szene.

Zu 2:

Derartige Bürgerinitiativen knüpfen an Stimmungen und Ressentiments in der Bevölkerung an, um sie langfristig für rechtsextremistische Zielsetzungen zu instrumentalisieren.

Zu 3:

Über weitere Besuche der Gruppierung bei den in der Fragestellung genannten Einrichtungen liegen der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde keine Erkenntnisse vor.

Zu 4:

Über Besuche bei anderen Organisationen, Verbänden und sozialen Einrichtungen liegen ebenfalls keine Erkenntnisse vor.

Zu 5:

Die in den Vorbemerkungen erwähnten sogenannten Bürgerinitiativen sind nicht mehr aktiv, weitere derzeit in Niedersachsen aktive Bürgerinitiativen mit rechtsextremistischem Hintergrund sind der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde nicht bekannt.

Boris Pistorius